

Zürcher Kantonsrat

brh

Ein politisches Opernhaus-Drama in mehreren Akten Zwei Abstimmungsgänge und nur dank Stichentscheid keine Kürzung des Rahmenkredits

171. Sitzung, Montag, 30. Oktober, 8 Uhr 15

Vorsitz: Präsident Hartmuth Attenhofer (sp., Zürich)

brh. Der Ratspräsident gedenkt des jüngst verstorbenen Alt-Kantonsrats Rolf Balsiger (fdp., Zürich) und würdigt das Wirken des langjährigen Zoodirektors. Urs Grob (sp., Adliswil) wird als neues Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben ernannt. Er tritt die Nachfolge der aus dem Rat zurückgetretenen Claudia Balocco (sp., Zürich) an.

Jahresberichte der Kirchen

Der Rat hat die Jahresberichte 2005 der Evangelisch-Reformierten Landeskirche des Kantons Zürich sowie der Römisch-Katholischen Kirche des Kantons Zürich zu genehmigen.

Marlies Zaugg (fdp., Richterswil) macht als Referentin der Geschäftsprüfungskommission Angaben zur Bedeutung beider Kirchen. Die Anzahl der Kirchenaustritte stabilisiert sich oder ist sogar rückläufig. Der Zürcher Bevölkerung ist die Religion wichtig; man denke an den Einsatz für die Wiedereinführung des Faches Biblische Geschichte auf Primarschulstufe. Was die reformierte Kirche betrifft, erinnere ich an die grossen Leistungen im Haus der Stille in Kappel am Albis sowie im Tagungszentrum Boldern. Brigitta Leiser (cvp., Regensdorf) äussert sich ebenfalls zu beiden Jahresberichten. Sie werden keine hohen Wellen schlagen, ein vertiefter Blick lohnt sich dennoch. Täglich werden wichtige Leistungen für die Bevölkerung erbracht. Lisette Müller (evp., Knonau) spricht von einem vielseitigen Wirken der Kirchen. Sie stellen den Menschen in den Mittelpunkt. Man überlege sich, was alles fehlen würde ohne das Engagement der Kirchen. Lilith Hübscher (gp., Winterthur) nennt die evangelische Landeskirche einen wichtigen Zufluchtsort. Die Weiterführung des Faches Biblische Geschichte erhält unsere humanistische Tradition aufrecht. Die Qualität des interreligiösen Unterrichts muss gewährleistet sein. Walter Müller (svp., Pfungen) macht kritische Bemerkungen zum Bericht der reformierten Kirche, vor allem wegen Konflikten im Raum Winterthur. Die Pfarrherren und Pfarrfrauen absolvieren eine teure Ausbildung, werden aber zu wenig auf die Aufgabe als Dorfpfarrer vorbereitet. Die reformierte Kirche hat den Anschluss verpasst. Es gelingt ihr nicht, die Jugendlichen abzuholen und zu begeistern. Die Freikirchen haben einen enormen Zulauf. Der Präsident des Kirchenrats, Ruedi Reich, dankt für die wohlwollenden Voten. Eine offene Volkskirche ist immer auch eine Kirche mit Spannungen. Die nachuniversitäre Ausbildung wird von der Landeskirche ernst genommen. Jeder Pfarrer ist nach seiner Ausbildung mindestens ein Jahr lang einem erfahrenen Gemeindepfarrer zugeordnet, zu seiner weiteren Ausbildung.

Der Rat genehmigt den Jahresbericht der evangelisch-reformierten Kirche mit 152 zu 0 Stimmen. Marlies Zaugg (fdp., Richterswil) erwähnt als Referentin der Geschäftsprüfungskommission aus dem Jahresbericht der katholischen Kirche die Leistungen der Paulus-Akademie sowie der Caritas Zürich. René Zihlmann, Präsident der katholischen Zentralkommission, dankt für die zustimmenden und die kritischen Voten.

Der Rat genehmigt den Jahresbericht der katholischen Kirche mit 142 zu 0 Stimmen.

Das Opernhaus und die Ausgabenbremse

Der Regierungsrat und die Kommission für Bildung und Kultur beantragen einen neuen Rahmenkredit für das Opernhaus für die Spielzeit 2006/07-2011/12 in der Höhe von 415 Mio. Fr.; das sind rund 63 Mio. Fr. mehr als für die letzte Sechsjahresperiode und fast 100 Mio. Fr. mehr als für die vorletzte Periode. Eine Kommissionsminderheit verlangt einen Kredit in der Höhe von rund 410 Mio. Fr.

Der Ratspräsident erwähnt eingangs, das Geschäft unterstehe nicht der Ausgabenbremse. Alfred Heer (svp., Zürich) stellt einen Ordnungsantrag. Die SVP beurteilt die Sachlage bezüglich Ausgabenbremse anders. Wir wollen eine weitere Panne vermeiden. Es ist falsch, zu behaupten, bisherige Rahmenkredite seien diesem Instrument nicht unterstellt worden. Ich erwarte eine sorgfältige Klärung dieser Frage und beantrage, das Geschäft von der Traktandenliste zu nehmen, bis eine Begründung vorliegt. Sonst stelle ich den Antrag, das Geschäft sei der Ausgabenbremse zu unterstellen. Der Ratspräsident wiederholt seine Auffassung, es bestehe eine gesetzliche Grundlage für den Kredit, und zwar im Opernhausgesetz. Es handelt sich nicht um eine neue, sondern um eine gebundene Ausgabe. Der Beschluss untersteht nicht der Ausgabenbremse. Der erwähnte ZVV-

Rahmenkredit ist seinerzeit irrtümlicherweise der Ausgabenbremse unterstellt worden. Alfred Heer (svp., Zürich) findet, das Gesetz sei in dieser Frage nicht eindeutig klar. Ich möchte eine schriftliche Begründung sehen. Dann haben wir diese unschönen Diskussionen nicht mehr. Willy Haderer (svp., Unterengstringen) protestiert als Mitinitiant der Ausgabenbremse gegen den Umgang mit diesem Instrument. Es war klar der Wille, dass zusätzliche Ausgaben unterstellt werden. Das gilt auch für den Opernhaus-Kredit. Stefan Feldmann (sp., Uster) moniert, dass einmal mehr über die Ausgabenbremse diskutiert werde. Sie wurde schlecht legifertiert und ist ein Schrott. Regierungsrat Markus Notter zitiert die gesetzlichen Grundlagen. Es ist keine neue Ausgabe, sondern eine gebundene. Ich bin in die Materialien gegangen und habe die Sache analysiert. Der hier zur Debatte stehende Kredit untersteht nicht der Ausgabenbremse. Alles andere wäre gesetzeswidrig. Beat Walti (fdp., Zollikon) zeigt sich von Attenhofers und Notters Argumenten überzeugt. Ich bin zuversichtlich, dass wir für den Kredit eine qualifizierte Mehrheit finden. Die FDP verzichtet auf eine Rückweisung des Geschäftes und auf die Unterstellung unter die Ausgabenbremse. Claudio Zanetti (svp., Zollikon) will verhindern, dass mehr ausgegeben wird, als man verkraften kann. Wenn eine Unterstellung unklar ist, muss man sie prüfen. Das Instrument ist kein Schrott. Willy Haderer (svp., Unterengstringen) wundert sich über die buchstabengetreue Gesetzesauslegung durch Regierungsrat Notter. Die Ausgabenbremse verkommt zu einem Wunschkonzert der Linken. Entscheidend ist, dass wir hier mit klaren Mehrkosten zu rechnen haben. Ralf Margreiter (gp., Oberrieden) findet, man müsse sich gut fragen, ob man die Ausgabenbremse noch brauche. Sie stellt einen politischen Unsinn dar. Die Grünen werden einer Unterstellung nicht zustimmen, wir halten sie grundsätzlich für ein untaugliches Instrument. Peter Reinhard (evp., Klotten) erinnert daran, dass die Ausgabenbremse nicht das Hauptthema ist. Die EVP ist gegen eine Unterstellung. Wir haben von Anfang an gesagt, dass es Interpretationsprobleme gibt, dass schlecht legifertiert wurde. Christoph Holenstein (cvp., Zürich) erinnert daran, dass der letzte Kredit für das Opernhaus vor Inkrafttreten der Ausgabenbremse gewährt wurde. Stefan Feldmann (sp., Uster) findet, das Sanierungsprogramm 04 habe die Ausgabenbremse ad absurdum geführt. Richard Hirt (cvp., Fällanden) will die Frage abgeklärt haben. Regierungsrat Markus Notter wiederholt, das Geschäft seriös abgeklärt zu haben. Wenn ein Kredit als gebundene Ausgabe zu betrachten ist, fällt er nicht unter die Ausgabenbremse. Der ZVV-Kredit wurde fälschlicherweise unterstellt. Eine gebundene Ausgabe kann keine neue Ausgabe sein. Der Rat lehnt es mit 100 zu 64 Stimmen ab, den Rahmenkredit für das Opernhaus von der Traktandenliste abzusetzen. Der Ratspräsident setzt an dieser Stelle um 9 Uhr 30 die halbstündige Pause ein.

Warum das Opernhaus viel kostet

Brigitta Johner (fdp., Urdorf) äussert sich nach der Pause als Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur zum Kreditantrag. Es war uns völlig klar, dass die Begründungen für den beantragten Kredit genau unter die Lupe genommen werden mussten, wir haben eingehende Diskussionen geführt und das Geschäft nicht auf die leichte Schulter genommen. Die Kommissionsmehrheit kommt zum Schluss, dass dem Antrag des Regierungsrats zuzustimmen ist. Die Summe erscheint hoch, doch die einzelnen Beträge sind begründet und nachvollziehbar. Die Kommissionsminderheit will eine Kürzung des Kredits. Wir empfehlen mit 9 zu 6 Stimmen Zustimmung zum ungekürzten Kredit. Claudio Schmid (svp., Bülach) eröffnet die Eintretensdebatte. Unser Opernhaus, ein privates Institut, verzeichnet 40 Prozent Kostensteigerung. Der Staat muss sparen. Dass nun das Opernhaus mit Geld vergoldet werden soll, das nicht vorhanden ist, das ist eine Perversion. Wir von der SVP sind grundsätzlich für das Opernhaus. Aber diese Kostensteigerung geht uns eindeutig zu weit. Mit der Faust im Sack stimmen wir der moderaten Kürzung des Rahmenkredits zu. Wir hätten zurzeit wichtigere Probleme zu lösen. Die SVP prüft eine Änderung des Opernhausgesetzes, will künftig eine Referendumsmöglichkeit. Ich sähe diesen Kredit gerne an der Urne. Elisabeth Scheffeldt (sp., Schlieren) begründet die Zustimmung der SP zum ungekürzten Rahmenkredit. Der Kürzungsantrag ist kleinkrämerisch und kulturpolitisch fatal. Die Unterstellungen der SVP sind lächerlich und falsch. Trittbrettfahrer wie der Kanton Aargau beteiligen sich nicht an den Kosten des Opernhauses. Es weist einen hohen Grad an Eigenwirtschaftlichkeit und hohe Sponsorenbeiträge aus; es braucht den ganzen Rahmenkredit. Beim Kürzungsantrag geht es um einen symbolischen Akt. Sparen beim Opernhaus ist populistisch. Die kulturpolitische Haltung der Grünen ist unrühmlich. Thomas Heiniger (fdp., Adliswil) erteilt dem Opernhaus Bestnoten. Die FDP steht zu diesem Haus, wie auch die vielen Besucher, Spender und Sponsoren. Das Opernhaus ist ein ausgezeichnetes Beispiel für erfolgreiche "public-private partnership". Damit wird kein Wunschkatalog erfüllt. Derartiger Wunschbedarf wurde bereits gestrichen. Die FDP unterstützt keine weitere Kürzung mehr, wie es der Minderheitsantrag verlangt. Wir wollen die Qualität erhalten. Lorenz Schmid (cvp., Männedorf) rekapituliert die letzten zwei Rahmenkredite. Ich weiss um die Bedeutung und die Ausstrahlung des Opernhauses. Es darf und soll etwas kosten - die Frage ist, wie viel und wie viel mehr. Wir von der CVP melden uns mit einem kleinen Kürzungsantrag zu Wort, mit der Botschaft, so kann es nicht weitergehen. Ich

verstehe das vorbehaltlose Akzeptieren der FDP und der SP nicht. Wir werden die bescheidene Kürzung unterstützen. Hanspeter Amstutz (evp., Fehraltorf) nennt den vorliegenden Rahmenkredit eine bereits abgespeckte Version. Die EVP ist überzeugt, dass der vorliegende Kredit keine weitere Kürzung verträgt. Mit dem neuen Sparantrag würde die Grenze des Zumutbaren überschritten. Wenn wir Ja gesagt haben zu dieser Aufgabe, dann machen wir es so, dass das Opernhaus seine Erfolgsstory fortsetzen kann.

Thomas Maier (glp., Dübendorf) eröffnet nach den Fraktionen den Reigen der Einzelredner. Die Grünliberalen anerkennen die Bedeutung des Opernhauses und dessen marktwirtschaftliche Anstrengungen. Das ist aber keine Legitimation dafür, möglichst viel an Staatsgeldern abzuholen. Neben dem Opernhaus gibt es noch andere Institutionen, die genauso ausstrahlen und weniger Geld erhalten. Wir werden dem Minderheitsantrag zustimmen. Jürg Leuthold (svp., Aeugst am Albis) schimpft, der Verwaltungsrat des Opernhauses und der Regierungsrat hätten jeglichen Realitätssinn verloren. Man denke an die Musikvereine im Kanton Zürich und deren Engagement; sie leisten Enormes für unser Kulturleben und bekommen keine Millionen. Willy Haderer (svp., Unterengstringen) gibt sich als Kleinaktionär des Opernhauses und als Opernfan zu erkennen. Ich weise zurück, dass es um einen kleinkarierten Kürzungsantrag geht, und die Begründung dafür ist falsch. Ich habe mir einen anderen Antrag überlegt, pro Jahr eine halbe Million Franken zu kürzen. Ich zerresse meinen Antrag und stelle mich hinter die Kürzung der Kommissionsminderheit, aber mit anderer Begründung. Willy Germann (cvp., Winterthur) spricht nicht gegen das Opernhaus, sondern für andere Kulturschaffende. Ich weiss die Qualitäten des Opernhauses durchaus zu würdigen. Aber andere Häuser beweisen, dass Qualität und Innovation nicht nur eine Frage des Geldes ist. Walter Müller (svp., Pfungen) bringt einige grundsätzliche Bemerkungen an. Die Gewinne werden privatisiert und die Defizite verstaatlicht. Das Opernhaus produziert täglich einen Verlust von 200 000 Franken. Überall wird gespart, nur nicht beim Opernhaus. Das sind Geschenke an die Reichen. Matthias Hauser (svp., Hüntwangen) äussert sich zu den Gagen. Der Wettbewerb treibt die Gagen ungebührlich in die Höhe. Stefan Dollenmeier (edu., Rüti) moniert, es werde überall gespart, nur nicht bei der Kultur. Immer mehr Vorstellungen verkommen zu mittelmässigem Jahrmarktstheater. Immer häufiger gibt es Stücke mit gotteslästerlichem Inhalt. Solche himmelschreiende Unkultur kann ich nicht unterstützen. Karin Maeder (sp., Rüti) findet, man könne auf die bisherige Kulturpolitik stolz sein. Das Opernhaus hat eine wichtige Zugfunktion, davon profitieren auch andere Kulturangebote. Es nützt niemandem, wenn die verschiedenen Kulturangebote gegeneinander ausgespielt werden. Ueli Annen (sp., Illnau-Effretikon) nimmt für sich in Anspruch, in den letzten Jahren mehr über Kulturinstitute nachgedacht zu haben als die meisten anderen im Saal. Mit der Reduktion des Betrags ist noch kein Franken mehr für andere Kultur ausgegeben. Es ergibt wenig Sinn, Kulturangebote finanziell immer in den gleichen Topf zu werfen. Das Opernhaus ist ein Angebot der Hochkultur. Es gibt keine Aldi-Strategie für das Opernhaus. Ralf Margreiter (gp., Oberrieden) stellt konsterniert fest, dass man sich immer noch in der Eintretensdebatte befinde und nicht über den Minderheitsantrag rede. Man braucht kein Kulturzerstörer zu sein, um nach der tatsächlichen Qualität des Opernhauses zu fragen. Es geht nicht um ein Sparen um des Sparens willen. Theo Toggweiler (svp., Zürich) sagt, das Opernhaus werde auch mit der Kürzung nicht untergehen. Herr Pereira macht eine hervorragende Arbeit. Aber: Die Auslastung des Opernhauses ist nicht berauschend. Im Durchschnitt sind 25 Prozent der Plätze im Opernhaus frei. Urs Lauffer (fdp., Zürich) findet, es sei keine Majestätsbeleidigung, wenn man kritische Fragen zum Opernhaus stelle. Dem Opernhaus schlechte Unternehmensführung vorzuwerfen, ist aber unsachlich und beleidigend. Es ist eine Umkehr aller Tatsachen. Die Zusammenarbeit mit dem Opernhaus ist vorbildlich. Dem Intendanten ist etwas gelungen, um das ihn andere beneiden. Seine Nachwuchsförderung ist vorbildlich. Er hat sich persönlich für ein Bremsen bei den Gagenteuerungen eingesetzt und bringt viele Nachwuchskünstler auf den Markt. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob nicht bei vielen Voten heute im Saal der Neid eine Rolle spielt. Regierungsrat Markus Notter erinnert daran, dass das Zürcher Volk 1994 mit grossem Mehr einer Übernahme des Opernhauses durch den Kanton zugestimmt hat. Dies hatte unter anderem die Einstellung von Subventionen an die anderen grossen Kulturhäuser der Stadt zur Folge. Man hat sich auf diese Aufgabenteilung geeinigt. Das kann man nicht dem Opernhaus vorwerfen. Es ist das Bild eines Opernhauses gezeichnet worden, das masslos ist, immer mehr Geld verschwendet und nie sparen muss. Doch das Opernhaus geht haushälterisch um mit den Geldern, die ihm der Kanton zur Verfügung stellt. Wir haben ein kulturfrendliches Klima geschaffen. Kultur lässt sich nicht teilen, es gibt nicht die gute und die schlechte, es braucht Spitze und Breite. Dieses kulturpolitische Klima will ich erhalten. Die Kürzung ist der Anfang einer Verschlechterung für das kulturpolitische Klima.

Der Rat stimmt zweimal ab

Der Ratspräsident stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten geblieben ist. Esther Guyer (gp., Zürich) begründet den Minderheitsantrag. Warum diese Allianz mit der SVP? Die Bürgerlichen zwingen uns ständig Sparpakete auf, welche die Kernbereiche staatlicher Aufgaben

betreffen. Nur beim Opernhaus sind Kürzungen tabu. Wir anerkennen die wichtige Stellung des Opernhauses, deshalb beantragen wir auch nur eine äusserst moderate Kürzung. Die Untergangsrhetorik ist lächerlich. Der Kern des Antrags betrifft den Betrag für die internationale Gagenteuerung. Es geht nicht an, mit Steuergeldern die Gagen der Stars zu bezahlen. Werner Bosshard (svp., Rümlang) spricht als Präsident der Finanzkommission. Die Kommission hat sich intensiv mit der Vorlage beschäftigt. Ich teile Ihnen mit, dass die Finanzkommission den Minderheitsantrag unterstützt. Julia Gerber Rüegg (sp., Wädenswil) spricht ebenfalls als Mitglied der Finanzkommission. Die Vorlage der Kommission für Bildung und Kultur präsentiert uns eine Win-win-Situation. Ich votiere für diese Vorlage ohne kleinliche Kürzung. Willy Haderer (svp., Unterengstringen) kommt nochmals auf die Gagenteuerung zu sprechen. Dieser Begründung stimme ich nicht zu.

Regierungsrat Markus Notter äussert sich zur Teuerungsfrage. Hier geht es um keine Ausnahme. Es geht nur um ein anderes System, den Rahmenkredit. Es ist der Normalfall, dass die Teuerung ausgeglichen wird. Es sind Entwicklungen in Gang gesetzt worden, die wir wollen, doch die kosten etwas. Es ist mir nicht klar, warum man etwas dem Opernhaus nicht mehr zugestehen will, was vor sechs Jahren noch bewilligt wurde.

Der Rat lehnt den Antrag von Alfred Heer (svp., Zürich), der Opernhaus-Rahmenkredit sei der Ausgabenbremse zu unterstellen, mit 91 zu 61 Stimmen ab. Anschliessend stimmt der Rat dem Antrag der Kommissionsminderheit für einen um rund 5 Mio. Fr. gekürzten Rahmenkredit mit 86 zu 85 Stimmen zu. Beat Walti (fdp., Zollikon) verlangt aufgrund des knappen Resultats eine Nachzählung. Es besteht die Gefahr, dass die Stimmen ungenau ausgezählt wurden. Ruedi Lais (sp., Wallisellen) beantragt Rückkommen und Wiederholung der Abstimmung mit Namensaufruf. Der Rat stimmt dem Rückkommensantrag mit 86 Stimmen zu. Er gibt auch dem Antrag auf Namensaufruf statt, mit 51 Stimmen. Bei der anschliessenden, erneuten Abstimmung über den Opernhaus-Rahmenkredit mit Namensaufruf stehen sich 86 zu 86 Stimmen gegenüber. Der Ratspräsident fällt den Stichentscheid, so dass der ungekürzte Rahmenkredit gemäss dem Antrag der Kommissionsmehrheit Zustimmung findet, mit 87 zu 86 Stimmen.

Alfred Heer (svp. Zürich) nennt die FDP und die SP schlechte Verlierer. Das waren keine Begründungen für die Wiederholung der Abstimmung.

Bei der Schlussabstimmung stimmt der Rat mit 106 zu 46 Stimmen dem Geschäft zu.

Der Ratspräsident würdigt die Arbeit des Journalisten und langjährigen Ratsberichterstatters Linus Baur, der sich vorzeitig pensionieren lässt, und überreicht ihm die Silbermedaille des Kantonsrats mit Gravur. Der Rat verabschiedet den Journalisten mit langem Applaus.

Schluss der Sitzung: 12 Uhr 40.

Nächste Sitzung: 6. November, 8 Uhr 15.